

//BESCHLUSS//

Ganztagschulen: Grundsätzliches Ziel und aktuelle Forderungen

Datum: 25.04.2013

Beschreibung: Beschluss Arbeitsgruppe Bildungspolitik, Landesdelegiertenkonferenz 2013

Inhalt:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Niedersachsen setzt sich für das grundsätzliche Ziel ein, durch die Einführung von gebundenen Ganztagschulen dem Bedarf der Eltern und den pädagogischen Konzepten der Schulen Rechnung zu tragen. Die GEW fordert, dass die Personalzuweisung an die Schulen wieder nach den Bedingungen des Ganztagserlasses von vor 2004 erfolgt. Außerdem soll die Arbeit von Schulsozialarbeiter_innen/-pädagog_innen mit festen Stellen im Landesdienst verankert und die Personalzuweisung ausgebaut werden. Die GEW begrüßt, dass die rot-grüne Regierung das Ziel der Errichtung von gebundenen Ganztagschulen in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hat.

Die GEW setzt sich kurzfristig für das Ziel ein, dass die offenen Ganztagschulen, die unter der schwarz-gelben Koalition ohne realistische Finanzierung errichtet worden sind, eine verbesserte Personalzuweisung bekommen und dass diese unter rechtlich einwandfreien Konditionen arbeiten. Alle rechtswidrigen und rechtlich zweifelhaften Verträge sind zu beenden und nicht mehr zuzulassen. Das Ganztagspersonal muss im Landesdienst beschäftigt sein. Die Schulbehörde soll künftig alle Ganztagsverträge abschließen. Diese unterliegen der Mitbestimmung durch den Schulbezirkspersonalrat. Die Schulleiter_innen sind für die Gewinnung des Personals und seinen Einsatz zuständig.

Zugleich fordert die GEW, dass diejenigen Schulen, deren pädagogisches Konzept auf der Arbeit im gebundenen Ganztage basiert, ab 1. 8. 2014 vorrangig mit dem gebundenen Ganztage ausgestattet werden. Dies gilt insbesondere für die Integrierten Gesamtschulen. Pauschallösung des Landes mit der Rentenversicherung kurzfristig notwendig. Die GEW fordert die Landesregierung auf, die von der Vorgängerregierung geerbten Lasten (Nachund Säumniszuschläge der Rentenversicherung wegen Schwarzarbeit) so abzulösen, dass die einzelnen Schulen, die auf Grundlage der Weisungen der Schulbehörde tätig geworden sind, nicht von den Nachzahlungen belastet werden. Insbesondere fordert die GEW, dass die Landesregierung mit der Deutschen Rentenversicherung umgehend eine pauschale Ablösung der Nachzahlungen und der Säumniszuschläge vereinbart, die die Vorgängerregierung aus wahlkampf-taktischen Gründen verweigert hat.

Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden

Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden müssen vom MK umgehend

//BESCHLUSS//

aufgenommen werden, um diejenigen Modelle des Offenen Ganztags abzusichern, die mit Zuschüssen der Kommunen finanziert werden. Der GEW geht es dabei um eine Übergangslösung. Mittelfristig muss das Land der Aufgabe nachkommen, den Ganztags vollständig zu finanzieren. Alle Beschäftigten der Schulen müssen Beschäftigte des Landes sein.

Erhöhung des Kultusetats

Bei den derzeit laufenden Haushaltsgesprächen muss das Kultusministerium mit einem zusätzlichen dreistelligen Millionenbetrag für den Ganztags ausgestattet werden - für das neue Schuljahr und für die Begleichung der Altlasten der Vorgängerregierung.